



Bild: Demonstration des DGB gegen Sozialabbau am 21.10.2006 in München. Ab 1. August 2008 ein Verstoß gegen das neu erfundene „Militanzverbot“?

Foto: Werner Bachmeier

# Wir brauchen unsere Versammlungsfreiheit

## Wir lassen sie uns nicht nehmen!

Wir alle brauchen die Freiheit, uns zusammenzuschließen und unseren Forderungen öffentlich Nachdruck zu verleihen. Deswegen wenden wir uns entschieden gegen den von der bayerischen Staatsregierung vorgelegten Entwurf eines neuen Versammlungsgesetzes. Er bedeutet:

### **Eine massive Einschränkung der Demonstrationsfreiheit – z. B.**

- ! o Bereits zwei Personen, die sich laut unterhalten, können als Versammlung gewertet werden.
- ! o Bereits Fahnen, Anstecker, einheitliche Schilder können nach willkürlicher Entscheidung der Polizei gegen das neu erfundene „Militanzverbot“ verstoßen und mit einer Geldbuße bis zu 3000 Euro belangt werden.
- ! o Versammlungsleiter und Ordner werden zum verlängerten Arm der Polizei gemacht. Selbst Ordner müssen ihre persönlichen Daten angeben und können von Behörden und Polizei als „ungeeignet“ und „unzuverlässig“ abgelehnt werden.
- ! o Versammlungen können nach Gutdünken von der Polizei in Übersichtsaufnahmen gefilmt werden, die Aufnahmen beliebig lange aufbewahrt werden.
- ! o Zum Verbot einer Versammlung soll es ausreichen, wenn „Rechte Dritter unzumutbar beeinträchtigt werden“, womöglich z. B. von Verkehrsteilnehmern und Kauflustigen...

### **Ein Eindringen des Staates bei Veranstaltungen in Räumen – z. B.**

- ! o Versammlungsleiter von Veranstaltungen in geschlossenen Räumen müssen im Vorfeld und vor Ort ihre persönlichen Daten an die Polizei weitergeben. Die Polizei kann den Versammlungsleiter als „ungeeignet“ ablehnen.
- ! o Der Polizei muss der Zutritt gewährt werden und ein „angemessener Platz“ eingeräumt werden – sonst sind bis zu 3000 Euro Bußgeld zu zahlen. Nur die Einsatzleitung der Polizei muss sich den Veranstaltern zu erkennen geben.
- ! o Selbst nicht öffentliche Versammlungen (z. B. Streikversammlungen) können davon betroffen sein.

Dies sind nur wenige Beispiele dafür, wie der Willkür Tür und Tor geöffnet werden soll.

**Noch vor der Sommerpause soll dieser Anschlag auf eines unserer wichtigsten Grundrechte vom Bayerischen Landtag beschlossen werden.**

**DAS MÜSSEN UND KÖNNEN WIR VERHINDERN!**